

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage „Die Neue Welt“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlstr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerel.: Gr. Mühlstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerel. 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2.25 Mk., monatlich 60 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. zzgl. Befr. u. d. B. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inseratengebühr: die regelrechte Kolonelleiste 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Anzeigenteil Seite 1 Mk. Zeitungspreisliste Seite 429.

Nr. 234.

Magdeburg, Donnerstag den 6. Oktober 1910.

21. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

## Friedrich Hünge.

Der Organisator des Streikbruchs bei Kupfer u. Ko. in Moabit war ein Streikbrecheragent namens Friedrich Hünge. Für ihn und seine Mannschaften hat die Polizei in so zärtlicher Weise gesorgt, daß es darüber zu den bekannten Strafenkräften kam, die wiederum der Polizei Anlaß gaben, ihre berühmte „kleine Revolution“ in Szene zu setzen.

Im Mittelpunkt all dieser Ereignisse steht Friedrich Hünge. Es ist daher kein Wunder, daß der berühmte Mann von dem Berichterstatter eines Berliner bürgerlichen Blattes, der „Morgenpost“, interviewt wurde. Das Gespräch, das die „Morgenpost“ sogar unter Verhinderung der Mundart des Befragten wörtlich wiedergibt, verbreitet so viel Licht über die Ursachen der Moabiter Ereignisse und ist als Dokument der Arbeitswilligenpsychologie für organisierte Arbeiter so außerordentlich lehrreich, daß wir es unbedenklich wiedergeben:

„Ja, det werd'n Se mir kaum ansehen, id bin erst een und zwanzig Jahre alt“, so begann der breitschultrige, doch wagere Mann mit den starken Backenknochen und dem vorzüglichen Sinn. „Id habe früher bei Müllers in Hamburg gearbeitet, aba Se wissen ja mit de Weiber is et nicht und id habe mir selbständig gemacht, kurze Zeit nachdem der olle Müller gestorben is und die Witwe det Geschäft ibanommen hat. Det Geschäft is jut, aber se is zu ausverschämt mit de Preise. Id bin reeller und deswegen geht mein Geschäft och janz jut.“

### Id breche jeden Streik.

„In acht Tagen kann id jeds tausend Mann uff de Beene bringen. Meine Leute können alles. Heute arbeiten se als Schlosser, morgen als Litostrafen und übermorgen laden se wie hier Kohlen. Sehen Se, hier die dreißig Mann, die id im Stall habe bei de Rossen, sind Schlosser, aber wenn se morgens ihre Pferde putzen, denn geht det mit vierundzwanzig Strich so scheen, als ob se ihr Leben lang nicht anderet jedahn hätten, wie Pferde stricjeln. Wenn id mir meine Leute ausruhe, seh' id erst druf, det se 'ne jute Handschrift schreiben mit de Ballkelle, det is die Hauptsache, denn se und lieblich müssen wir sind. Sehn Se sich da driben det Siebenmonatskind an“, sagte er, auf einen Niesen von mindestens sieben Fuß deutend, „wenn der eenen 'ne Wucht jibt, denn bleibst keen Dage trocken. Wir müssen so'ne Leute haben, denn wir werd'n selbstmurmeln immer anjezissen von de Organisierten, und da ist es denn

### besser, wenn wir selbst anfangen

und die Bande vertobaden. Id jage Ihnen, mit dreißig von meine Kerle, jage id fünfhundert Organisierte, denn bei uns jibt's Kartusch.“

### Id freie mir schon uff 'n Abend.

vielleicht jibt's da wieder wat. Mir kribbelt's in alle Finger, wenn id dreihen jeh. Na, id habe in de Rostocker Straße nicht schlecht jewacht. Rieden Se sich mal die Hand an, mit die jehlag id einen fünfzölligen Nagel durch den Tisch, janz ohne Hammer.“

Hier habe id mehr als jutzig Leute. In Fall aber, det mehr gebraucht wird, bin id gleich mit vierhundert da, die sofort an de Arbeit jeh'n. De richtige Poletik is bei Ausbruch eines Streiks, so vilde Leute wie nur irgend möglich an de Arbeitsstelle zu bekommen. Die Leute brauchen ja nicht die Strafe zu vasterh'n, in die se arbeiten sollen. Hauptsache is, det se da sind und den Betrieb aufrechterhalten. Hier bis fünf Dage, denn sind se so weit, det se de Arbeit vasterh'n. Denn kann man och schon jachte bei große Fabriken damit bejinnen die, die da nicht rinpaffen zerückziehen. Aber jeerst heißt's Leute stellen, so vilde wie möglich.

### damit de Organisierten den Mut verlieren,

wenn se sehen, det soundso vilde Streikbrecher da sind. Meine Hauptaufgabe is ja nicht Streik zu brechen, sondern Streik zu verhindern. Det wird so gemacht: Man hert wat munkeln von son Streik, geht bei de Fabrikleitung und fracht se,

### ob se det Ding jeshoben

haben wollen. Na natürlich jreissen die mit beede Hände zu, wenn man mit de richtige Empfehlung kommt. Sehn se, denn wer'n ma erst zehne, zwölfe von meine Leute injestelt und die ajitieren unter de Arbeiter, von den' immer en großen Prozentsatz vor den Streik mieh is, weil se det Arbeitslohn netich brauchen. Darum wollen se denn, wenn se och jerns mechten, nicht recht an den Streik ran. Meine Leute juchen sich an den Vertrauensmann von de Gewerkschaft aus und denn wird er rausjebraucht. Det machen wa sehr vornehm. Der Mann wird nicht jemaßregelt, det werde ja beeres Blut machen. Er kriegt nur

### plegich eens in de Presse jeschlagen.

Wenn er denn looft und sich beschwert, wird ihm jesagt: „Mensch det geht uns nicht an, det is een tüchtiger Arbeiter, den kennen wa nicht entlassen, weil er dir eene jeklebt hat.“ Jecht denn der Vertrauensmann nicht von selba, denn jibt's noch eene von een andern, wen er die aba sizen hat, denn looft er. Na nu is ma der Vertrauensmann draußen, denn is oft de Sache mit den Streik nicht mehr janz so scharf. Denn schieb' id so langsam meine Leute nach, und wenn et denn rumkommt, det soundso vilde da sind, die nicht vom Streik wissen wollen denn is och de Weijstrung for den Streik nicht mehr so groß un es is leichter, den Streik zu brechen, wenn et doch dazu kommt. De Hauptsache is, det id bei meine Leute

### scharf uff Disziplin halte,

denn ohne Disziplin is nicht. Morgens um halb sechs wird uffjastanden, denn jibt's Kaffe mit Schmalzstullen und denn heekt's um sechs: Antreten zum Appell! Janz militärisch!“

Beim Appell hatte uns Herr Hünge eine Probe von der „militärischen Disziplin“ seiner Leute gegeben. Ein polnischer Arbeiter aus der Hünge'schen Kolonie wollte aus irgendeinem Grunde nicht mitmachen. „Wat, Du polnisches Schwein, hast Du Dir uff vierzehn Dage verpflichtet oder nicht?“ brüllte ihm Hünge an und hieb ihm eine fürchterliche Ohrfeige vor versammelter Mannschaft. Der Pole stierte die Backpfeife ruhig ein, und von den übrigen sagte niemand ein Wort.

„Id hab“, so fuhr Hünge fort, „meinen Stamm Leute, uff die id mir verlassen kann. Id weß ja, det et manchmal och nicht klappt, un det man selbst Sengen beziehen kann. Wie wir bei Lönning's uff die Automobilfabrik gearbeitet haben in Delmenhorst, haben se eenen von meine Leute jeshossen, dadruf sind wa och vorherreit, det een wa jehammert dabei. Aber det is' gleich,

### wir machen det zum Umjehang.

De Kerle kriegen nicht mehr bezahlt als wie een gewöhnlicher Arbeiter bezahlt kriegen würde, aber die jefahrt, det reizt se, und de Uffregung und det Wisjendirjen un

### det se unjestrakt loshausen kennen.

det de Feten fliegen, det reizt se. Von funfzehn Streiks, die id gemacht habe, habe id nur zwee balooren, det war in Sachsen.“

### In Sachsen is de Polizei zu schlapp.

Wie id in Löbau mit sechzehn Leuten als Steenmeß gearbeitet habe, hat uns die Polizei nicht jeshicht, aba wie ham uns selbst jeshicht.

### De Stuhlbeene raus un denn loos!

Da jeb't's Feier. Et dauerie och nicht lange un wir hatten Luft jeschafft. Sehn Se, hier kennen Se meine Zeichnisse jehen, die hab id von Gottfried Lindner in Ammendorf, da hab id in der Wagenfabrik den Streik jebrochen. Alles habe id besorgt, Schlosser, Schmiede, Stellmacher, Lackiera und Tischla. Hier is det Zeichnis von Robert Gutmann seine Kalksandsteinfabrik in Niederlehme, da haben wa de Ziegel gemacht. Acht Jandarm hatten wa zur Bewachung aber jehauen haben mia! Die warn zu doorn. Hier mein Freund Willem Schulze, der wa och friha bei Müllers, der hat mit seine Abteilung bei Jesejich in de Asphaltfabrik de Sache jeshoben, in 3 Dagen wa de Streik vorbei.“

### Id kriegt 10 Mark pro Mann,

den id jelle, aba id mache ja doch noch mehr als bloß Leute besorgen. Id verproviantiere hier alles, Schussmannschaft und meine Leute. Id habe hier drei Autos, die Schofföhre sind alles liebige Kerls, die laufen wie da Bliz, det Se die Rumma nicht erkennen kennen. De

### kriegen denn nachher och 'ne andere Rumma,

wenn hier zu Ende is, sonst kennen se doch an keen Stand ranjahren, denn da kriegen se doch de Jache voll. Hier in Moabit verlooosen se uns nicht. Na, id jausc bis Cranjensburjer Dor und hole in. Heute habe id vor de Offiziere det richtige Streikbrecheressen besorgt. Rindfleisch mit Buljonkartoffeln. Wenn id jetzt 'nen Kapitalisten for meiner Sache interessieren konnte, der so ranjeht, mit 5000 Märker, denn konnte id en Bombenjeschäft machen. Id janzantiere vor

### 100 000 Märker Reinjewinn im ersten Jahr.

id muß ma wirklich danach umsehen. Na atjeh, kommen se man heit abend her, denn kenn Se wat alebn, denn hau'n ma wieda!“

Soweit der ehrenwerte Herr und Patriot Friedrich Hünge. Auf die Frage des Berichterstatters, warum er denn seine Geschäftsgeheimnisse so offen ansplaudere, erwiderte er: „Ja wissen Se, id muß erst man 'n bißken bekannt werden, id brauche Reklame.“

Friedrich Hünge's Prophezeiung ging übrigens nicht in Erfüllung. Denn am Abend des Freitags blieb in Moabit

alles ruhig, obwohl nicht nur Friedrich Hünge, sondern auch die Berliner Polizeipresse für den Abend „neue Unruhen“ angekündigt hatten. Es scheint, daß man am Freitag abend nichts mehr zustande bringen konnte, so große Mühe man sich auch gab.

Wer nach diesen authentischen Aufklärungen noch die Stirn hat zu behaupten, die sozialdemokratische Partei oder der Transportarbeiterverband hätten die Moabiter Unruhen verursacht, handelt als ein gewissenloser Verleumder. Wir fordern die bürgerliche Presse, die über die Moabiter Vorgänge schon so viel zusammengelogen hat, auf, von den Geständnissen Hünge's Notiz zu nehmen. Sie handelt ehrlos, wenn sie es nicht tut!

### Entrüstung bürgerlicher Kreise.

In Berlin fand am Montag abend eine bürgerlich-demokratische Versammlung statt, die sich mit den Vorgängen von Moabit beschäftigte und vorwiegend von bürgerlichem Publikum aus dem Stadtteil Moabit besucht war. In dieser Versammlung trat eine schier endlose Reihe von Rednern auf, die unter Angabe ihres Namens und ihrer Wohnung, mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, ihre Aussagen jederzeit vor Gericht zu beschwören, die schwersten Beschuldigungen gegen die Polizei erhoben.

Zunächst wurde von Augenzeugen festgestellt, daß alle Berichte über die furchtbaren Zerstörungen, die vom Janhagel angerichtet worden sein sollen, erstunken und erlogen sind. Der berühmte „Sturm auf die Reformationskirche“ hat sich niemals ereignet, die angeblich erbrochenen Kirchentüren sind vollständig unbeschädigt geblieben.

Trümmert, der dadurch entstandene Schaden ist unbedeutend. Erstunken und erlogen ist ferner die Geschichte vom „Sturm auf das Warenhaus Dreyß“. Es ist bloß eine Spiegelscheibe zerbrochen, ob durch einen Steinwurf, muß erst festgestellt werden. Ein Redner der Versammlung behauptete zu wissen, daß die Scheibe unabsichtlich von Menschenmassen eingedrückt worden sei, die die Polizei gegen das Warenhausfenster drängte.

Ernstlich mitgenommen ist nur ein einziges Lokal, wie durch eine ganze Reihe von Rednern bestätigt wurde, nämlich eine Schankwirtschaft, in der sich eine — Zahlstelle des Wahlvereins befand! Eine sonderbare „sozialdemokratische Revolution“, die sich darauf beschränkt, ihre eigene Zahlstelle zu verwüsten!

Dagegen wurde aus der Versammlung alles bestätigt, was in sozialdemokratischen und teilweise auch in bürgerlichen Blättern über das Vorgehen der Polizei, das sinnlose Dreinhauen, die Mißhandlung Wehrloser berichtet worden ist. Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der das Verhalten der Polizei aufs schärfste verurteilt und der Versuch, die Moabiter Vorgänge im Interesse der Reaktion auszubuten, auf die Angst der Regierung vor den kommenden Wahlen zurückgeführt wird.

Damit ist auch ausgesprochen, weijen Geschäfte jene Provinzpreise besorgt, die über die Moabiter Vorgänge nach wie vor lügnerische Berichte verbreitet.

### Ergebnislose Meldung.

In dieser Versammlung erzählte ein in Moabit ansässiger Kaufmann namens Stribny eine höchst merkwürdige Geschichte.

Stribny ist mit dem Streikbrecheragenten Friedrich Hünge von alter Zeit her gut bekannt. Hünge hatte seinen Laden oft besucht und dabei in renommierendem Ton erzählt, er werde von der Polizei gesucht, weil er sich seiner Militärdienstpflicht entzogen habe. Dann verjchwand er aus Stribny's Gesichtskreis.

Als Hünge nun in Moabit als Arbeitswilligenvermittler bei Kupfer u. Ko. auftauchte, fühlte sich Stribny bemüht, zur Polizei zu gehen, wo er als lang ansässiger Einwohner wohlbekannt war, und Anzeige zu erstatten. Stribny wurde auch von dem diensttuenden Wachtmeister gut aufgenommen und ein längeres Protokoll wurde angefertigt. Als jedoch Stribny seine Aussage mit dem Satz schloß: „Der Mann ist jetzt bei Kupfer u. Ko. Arbeitswilligenvermittler“, nahm der Wachtmeister das Papier, auf dem er Stribny's Angaben notiert hatte, riß es vor seinen Augen in Fetzen und vertwieß ihn aus dem Amtszokal.

Sollten sich diese schier ungläublichen Angaben bestätigen, dann müßte man annehmen, daß in den Augen mancher behördlicher Organe Arbeitswilligendienst gleich-

bedeutend mit Militärdienst ist. Der Stinnes dient, dem eigentlichen Inhaber von Kupfer u. Co., dient damit auch dem Vaterland. Man begreift aus solchen Umständen das Selbstbewußtsein des hochmögenden Herrn Friedrich Hünke, der mit einem Schläge der berühmteste Mann von Berlin geworden ist. Selbstverständlich neben Herrn von Jagow, dem unvergänglichen und unergieblichen Polizeipräsidenten.

### Die „lästigen“ Inländer.

Einem Irrtum in der Person verfällt die konservative „Schlesische Zeitung“, wenn sie einem tolen Scharfmacherartikel, der sich mit dem Magdeburger Parteitag und den Vorgängen von Moabit beschäftigt, folgendes schreibt:

Wir wollen auch das schon erwähnte Wort Liebknechts, der Schamgefühl darüber empfindet, daß er ein Preuze ist, nicht vergessen. Auch wir müssen Scham empfinden, daß er ein Preuze ist, daß ein Preuze so sprechen kann. Aber wir können ihn leider nicht hinaustun. Lästige Inländer kann man nicht wie lästige Ausländer an die freie Luft jenseits der Grenze befördern.

Das konservative Blatt übersieht, daß der bekannte Ausspruch „Man muß sich schämen, ein Preuze zu sein“, nicht von Liebknecht, sondern vom Zentrum abgeordnet Giesberts stammt. Die „Schlesische Zeitung“ muß daher statt des Genossen Liebknecht ihren eignen schwarzblassen Blodbruder Giesberts als „lästigen Inländer“ betrachten, den man am besten an die freie Luft jenseits der Grenze befördern würde. Oder wird sie sich nicht schämen, ein Preuze zu sein, sogar schon bis in die Reihen des schwarzblassen Blodes eingedrungen ist, muß wohl doch ein starker Wahrheitskern darin stecken.

Dankbar kann man aber der „Schlesischen Zeitung“ dafür sein, daß sie bei dieser Gelegenheit den Begriff des „lästigen“ Inländer geprägt hat. Für das konservative Blatt steht die ganze Klasse des deutschen Volkes, soweit sie sich nicht gehoramt unter die Junkerpeitsche duckt, als „lästigen Inländer“. Die Friedrich Hünkes aber sind gewaltige Patrioten, die man vor die Polizei behüten und beschützen muß, auf daß sie zahlreich werden wie der Sand am Meere.

Die „lästigen Inländer“ kann man nicht „hinaustun“, man kann dann würden die Schrote aufhören zu rauchen und die Gutsböje verberdet daliegen. Für die Masse des Volkes sind hinwiederum die ostelbischen Junker ganz herordentlich lästige Inländer — aber die kann man nicht „hinaustun“, ohne daß deswegen ein Mad stillstehen würde oder ein Sad Kartoffeln weniger produziert würde.

### Ein zweites Todesopfer.

Im Krankenhaus Moabit ist Dienstag vormittag der Arbeiter Robert Hermann aus der Wickestraße 31 gestorben. Er war ein politischer Arbeiter, der an Tuberkulose erkrankt war, bei einer Attacke durch Sabelbe schwer verletzt worden und hatte außer einem Schädelbruch eine Hirnhautentzündung davongetragen.

Bejandert hervorgehoben wird in der polizeioffiziösen Mitteilung, daß Hermann organisiert Arbeiter war. Das erste Todesopfer war katholischer Geisteswandler und fleißiger Kirchgänger.

Das Befinden des im Krankenhaus Moabit befindlichen Schussmanns Köppen ist nach Angabe aus demselben Quelle zufriedenstellend.

### Dreihundertfünfzig Verhaftungen.

Die Polizei läßt mitteilen, daß durch einige Festnahmen am Dienstag die Zahl der Verhafteten auf 333 gelangt ist. Ein großer Teil von ihnen soll geübt, die Vern der Teilnahme am Landfriedensbruch und Aufruhr verführt“ sein.

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 5. Oktober 1910.

#### Sozialdemokratischer Verein.

Zum „Luisenpark“ tagte am Dienstagabend eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Der Vorsitzende, Genosse Klübs, eröffnete die Versammlung mit dem Wunsch des Besizers, daß sie ihre Wichtigkeit so möglich, von etwa 20 Personen, besucht sei.

Heber die bevorstehenden

#### Stadtverordnetenwahlen.

Die Wahl der Stadtverordneten wird am Sonntag den 10. Oktober stattfinden. Die Wahlberechtigten sind die im Stadtgebiet wohnenden Bürger, die im Alter von 21 Jahren sind. Die Wahllokale sind in den verschiedenen Stadtteilen eingerichtet. Die Wahlzeit ist von 8 bis 12 Uhr.

#### Bericht über den Parteitag.

Der Parteitag wurde am Sonntag den 10. Oktober im Luisenpark abgehalten. Die Teilnehmerzahl betrug etwa 20 Personen. Die Tagesordnung umfaßte die Verhandlung über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

sage, den Parteitag zu beherbergen. Man befürchtete in Erinnerung an die frühere Tätigkeit der Polizei, daß diese ihre Hände auch jetzt im Spiel haben könnte. Alle diese Befürchtungen haben sich als grundlos erwiesen. Das Parteitagskomitee hat bei den Behörden und auch beim Verkehrsverein das weitestgehende Entgegenkommen gefunden, so daß sich alles glatt abwickelte. Die Veranstaltungen seien denn auch in der Parteipresse und in bürgerlichen Blättern anerkennend besprochen worden, von der Fahrt ins Bobelal war man entzückt, und auch der Reichstagsbesuch fand Anerkennung. Nur im „Vorwärts“ wurde der Linnerhaltungsabend gewissermaßen verhöhnt. Redner dankt allen den Genossen, die sich freiwillig zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt haben, insbesondere auch den Sängern, die in langen mühevollen Uebungsstunden sich auf die Massenchorvorbereitung haben, und den Kassierern, die durch regen Vertrieb der Parteitagsmarken die finanzielle Fundierung des Parteitags sichern helfen.

Sodann wendet sich Genosse Klübs zur Berichterstattung über die Budgetfrage. Man habe ihm schon eine gehörige Abreibung wegen seiner Abstinenz in Aussicht gestellt, aber er glaube nicht recht daran, denn die Magdeburger Genossen kennen ihn hinlänglich, um zu wissen, daß er nicht die Absicht habe, die Partei „ins nationalliberale Lager zu führen“. Das wäre auch in Magdeburg besonders schwer, da ja gerade hier die Gegensätze zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten besonders scharf seien.

Worum handelte es sich im Budgetstreit? Die Mehrheit der Wabener Landtagsfraktion hat entgegen dem Nürnbergger Beschluß für das Staatsbudget gestimmt.

Das ist ein offenkundiger und wie ich annehme, auch ein bewußt herbeigeführter Verstoß gegen einen wichtigen Parteibeschluß, der gar nicht mißverständlich ausgelegt werden konnte.

Als die Tatsache dieses Verstoßes bekannt wurde, habe ich in der „Volksstimme“ im völligen Einverständnis mit sämtlichen Redaktionskollegen diesen Disziplinbruch auf das allerjähärsthe mißbilligt. Und daß der Parteitag dagegen in entscheidender Weise Stellung nehmen mußte, war ebenfalls klar. Aus diesen Gründen habe ich auch mit der Genossin Klübs und dem Genossen Klees auf dem Parteitag für den Abschluß der Vorstandsresolution gestimmt, der die Wahrung des Parteibeschlusses als eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der Partei und als ein der schlimmsten Vergehen bezeichnet, dessen sich der Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann, und der gleichzeitig die Teilnahme an hiesigen Zeremonien und monarchischen Lokalitätsfeste für unvereinbar mit dem sozialdemokratischen Grundsatze erklärt.

Ich bin für die größtmögliche Freiheit in politischen Maßnahmen. Aber wenn ein reichlich erwogener Beschluß vorliegt, muß er gehalten werden, so lange bis er aufgehoben oder abgeändert wird. Sollte es dahin kommen, daß irgendeine Landsmannschaft das Recht erhielt, Beschlüsse des Gesamtparteitags selbständig umzusetzen, dann entsteht ein vollkommenes Zerwürfnis, das keine Grenzen mehr findet, anders als in der Auflösung der ganzen Organisation.

Aber eine ganz andre Frage ist die, ob der Nürnbergger Beschluß richtig ist und ob er für alle Ewigkeit gelten soll. Da sage ich nein, wie ich schon in Nürnberg nein gesagt habe. Der Magdeburger Beschluß bestätigt in seinem ersten Teile die Weisung von Lübeck, Dresden und Nürnberg, die die grundsätzliche Ablehnung des Staatsbudgets fordern, weil die Seaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen. Und dann heißt es in einem Satze weiter:

Der Staat kann daher den ausgebeuteten Massen wohl noigebrungen mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Reformen, in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.

Das ist ein Satz, den man wohl in der Agitation öfter hört, der auch der Gesinnung sehr vieler Parteigenossen entspricht, den als programmatisches Glaubensbekenntnis ich jedoch nicht ohne weiteres akzeptieren kann. Unsere ganze Politik ist seit 10 Jahren darauf zugeschnitten, daß wir Reformen auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete fordern. Wir haben durch unsre parlamentarischen Vertreter im Reichstag, in den Landtagen und den Kommunen immer auf neue die Durchföhrung der Forderungen vertreten lassen, die im Entwurf der Programme stehen und noch viele mehr, die nicht darin stehen, und dabei haben wir immer betont, daß alle diese Dinge innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung durchgeführt werden können.

Und jetzt spricht ein Satz in der Vorstandsresolution aus, daß der Staat nie mit grundlegenden sozialen Reformen entgegenkommen kann. Dieser Wortlaut der Resolution ist der Äußerung einer Zustimmung, die das ganze sozialistische Parteibewußtsein an einem Tage ausmachend steht. Es ist nach untrer Ansicht aber ein wenig denkbar, daß die Uebernahme sozialer Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum — wie es unser Programm verlangt — an einem Tage erfolgen könnte, wromöglich durch ein Proletariat, das gänzlich unvorbereitet wäre in Verwaltungssdingen. Es ist der natürliche Lauf der Dinge, daß jede Gesellschaftsreform die Lebenskräfte für die neue Gesellschaftsform in sich selbst erzeugt. Und von diesem Gesichtspunkt aus lehne ich es ab, daß die Partei Resolutionen fass, die letzten Endes die Undurchführbarkeit sozialistischer Forderungen in der Gegenwart bekennen. Aus diesem Grunde habe ich schon gegen den ersten Absatz der Resolution des Parteivorstandes und, als die Gesamtmitbestimmung widersprüchlich verlangt wurde, auch gegen die Gesamtresolution gestimmt. Der Beschluß, wie er jetzt gefaßt ist, beinhaltet die Weisung der drei vorhergegangenen Parteitage Lübeck, Dresden und Nürnberg. Durch die künftige Wiederholung wird ein an sich falscher Beschluß nicht richtig. Ich halte den Beschluß von Nürnberg, der den Landtagsfraktionen die Hände bindet mehr wie jedem Gemeinderatsbeschlusse auf irgendeinem Dorfe, für falsch. Für richtig halte ich dagegen den Beschluß von Lübeck, der normalerweise die Ablehnung des Budgets fordert, dagegen die ausnahmsweise Zustimmung aus zwingenden, in besondern Verhältnissen liegenden Gründen gestattete. Diese Freiheit müssen die Landtagsfraktionen haben, um die Wege der Budgetverweigerung mit möglichem Erfolg anwenden zu können.

Ich habe auch die Einsetzung einer Studienkommission vorgeschlagen, die die verwinkelten Budgetrechtlichen Verhältnisse der Einzelstaaten prüfen sollte. Dieser Antrag ist leider abgelehnt worden. Daß die Debatte auch in Magdeburg ihren Abschluß nicht gefunden haben, daß sie auch durch Mehrheitsbeschlüsse nicht dauernd zu verhindern sind, ist so selbstverständlich, daß sogar der Vorstand in seinem Entwurf dieser Tagesordnung als gegeben hinannimmt. Meine Partei hat seit ihrem Bestehen verschiedene Anträge und Entschlüsse in ihrer Mitte gehabt, sie hat sie auch und wird sie immer haben.

Eine demokratische Partei muß sich damit abfinden. Das gemeinsame Arbeiten bringt uns vorwärts. Und wenn Genosse Klees wieder einmal zu demokratischem Misstrauen aufgefordert hat und ausgeführt hat, die Genossen sollten ihren Führern und Redaktoren auf die Finger sehen, so sage ich: Wir müssen brüderliches Vertrauen zu einander haben und insbesondere ist dieses Vertrauen auch gegenüber unsren Führern nötig. Uebrigens kann man den Magdeburger Genossen den Vorwurf, daß sie ihren Redaktoren nicht genügend auf die Finger gesehen haben, wirklich nicht machen. Sozialgenossen! Ich habe bei den wichtigsten Abstimmungen gestimmt, wie es meiner Ueberzeugung nach der Partei am dienlichsten war. Ich habe nicht immer „ja“ gesagt,

trotzdem das Besagen an sich ungeheuer leicht ist. Aber wenn ich zu allen Beschlüssen nicht ja und Amen sagen konnte, so steht für mich fest, daß, nachdem sie gefaßt sind, sie Gültigkeit haben für jeden Parteigenossen. Redner schlägt folgende Resolution vor:

Die heutige Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg gibt, nachdem sie die Berichte der Delegierten zur Kenntnis genommen, der entscheidenden Erwartung Ausdruck, daß die Beschlüsse des Magdeburger Parteitags von allen Parteigenossen beachtet und strikte befolgt werden.

Insbesondere richtet sie an alle Magdeburger Arbeiter die Mahnung, entsprechend dem Beschluß über das Genossenschaftswesen tätige Mitglieder im Konsumverein zu werden und dadurch zur Stärkung dieser Arbeiterinstitution beizutragen.

Mit Genugtuung begrüßt die Generalversammlung die wichtige und erhebende Demonstration des Parteitags zugunsten der Demokratisierung Preuzens, die nur durch die Eroberung des freien Wahlrechts angebahnt werden kann. Ausgehend hierbon, versprechen die Versammelten, in dem Kampfe ums freie Wahlrecht nicht zu rasten, bis die Bollwerke der baurussischen Reaktion gefallen sind.

Genossin Klübs berichtet über die Genossenschaftsfrage: Die Resolution, die der Kopenhagener Kongreß angenommen hat, weist schon auf den besondern Nutzen hin, die starke Genossenschaften, insbesondere Konsumgenossenschaften, der Arbeiterbewegung bringen. Die Konsumgenossenschaften müssen allerdings vom sozialistischen Geist durchdrungen sein. In diesem Sinne behandelte auch der Meisener Parteitag die Frage. Der Dividendenjäger müße entgegengetrieben werden. Der Gewinn der Genossenschaften kann nützlich zu ihrem Ausbau verwendet werden. Wenn es den Genossenschaftlern und Parteigenossen zur Pflicht gemacht werde, den Genossenschaften beizutreten, könnte, in der Beobachtung eines gesunden Gegenständigkeitsverhältnisses, auch verlangt werden, daß sich Angestellte der Genossenschaften der Arbeit für die wirtschaftlichen und politischen Kampfsorganisationen etwas einseitiger widmen. Nebenher teilt die Resolution des Parteitags mit:

Die Berichterstatterin berichtet noch kurz über die Beweggründe, die den Parteitag dazu brachten, die Herausgabe einer Wochenzeitung zu beschließen. (Beifall.)

Genosse Klees leitete seinen Bericht über die Wahlrechtsfrage mit einigen Reminiscenzen aus der Geschichte der Wahlrechtskämpfe seit der Agitation Lassalles ein. Das Reichstagswahlrecht ist dem Volke auch nicht ohne seinen Kampf gegeben worden. Die Partei hat sich erst nach großen innern Meinungskämpfen dazu entschlossen, sich an den preußischen Landtagswahlen zu beteiligen und damit in den Kampf für ein demokratisches Wahlrecht mit aller Energie einzutreten. Zuerst seien Parteigenossen, die man als Revisionisten bezeichnet — Bernstein und Arons — für eine Beteiligung an den Wahlen in Preußen eingetreten. Die Arbeiterchaft hatte nun, wie noch in aller Erinnerung ist, mit Begeisterung und Eingabe den Kampf geführt. Reoner gibt die Resolution des Parteitags bekannt. Mit dem Auftrag der Genossin Luyenburg, in dem zur Eringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen als Kampfmittel die Propagierung des politischen Kampfes zu fordern, erklärt sich Redner nicht einverstanden. Die Propagierung des Generalstreiks zu ungleicher Zeit könne der Arbeiterbewegung auf allen Gebieten nicht nur keinen Nutzen, sondern sogar Schaden bringen. Die notwendige Festigkeit und Geschlossenheit der Organisation kann aber geschaffen werden, die einen politischen Generalstreik mit Aussicht auf Erfolg möglich macht. Den rechten Zeitpunkt werden schon die zentralen Instanzen der politischen und gewerkschaftlichen Organisation erkennen. Vorher bestimmen, an dem oder dem Tage geht es los, ist natürlich unntig. Die Arbeiter werden nicht, getragene Kampfmittel, für den Verlust des Wahlrechts zu beiseitigen und auch in Preußen demokratische Zustände zu erzwingen. Für die Entämpfung der sozialistischen Gesellschaft wird damit ein Hindernis beseitigt. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Diskussion.

Haupt: Genosse Klübs hatte gewiß recht, daß er und seine Anschauungen den Parteigenossen bekannt waren und daß sie über seine Abstimmung nicht erstaunt zu sein brauchen. Vor zwei Jahren, nach dem Nürnbergger Parteitag, sei ja sogar ein Antrag von ihm (Redner) abgelehnt worden, daß man sich mit dem Verhalten der Delegierten, zu denen Klübs gehörte, nicht einverstanden erkläre. Jetzt sei man ja vielleicht anderer Meinung. Ich hätte gewünscht, daß Klübs nicht nur so ausführlich den Disziplinbruch erörtert hätte, sondern auch auf die Ursachen des badiischen Disziplinbruchs eingegangen wäre. Denn es ist doch nicht unwichtig, daß die Wabener noch 24 Stunden vor ihrer Abstimmung gegen das Budget stimmen wollten und nur einiger schöner Worte eines Ministers wegen umgefallen seien. Klübs hätte auch dem Antrage Zubeil zustimmen müssen, denn er war ja doch auch nicht weiter als eine Beurteilung des Disziplinbruchs. Es kann gar nicht davon die Rede sein, daß der erste Teil der Vorstandsresolution unannehmbar war. Kein Mensch ist der Meinung, daß diese Resolution 1000 Jahre bestehen bleibt. Die Entwicklung wird sich nicht aufhalten lassen. Aber solange wie die in der Resolution ausgesprochene Anschauung besteht, muß man sich auch zu ihr betennen. Es ist auch nicht richtig, daß die Landtagsfraktionen nicht genügend Spielraum haben. Von einer Gleichberechtigung der Sozialdemokraten mit andern Staatsbürgern kann so wenig wie in Preußen in Baden die Rede sein. Wabel hat ganz mit Recht ausgeführt, daß auch die süddeutschen Bundesstaaten mit schuld an der Auspöwerung des Volkes sind. Mit der nationalliberalen Partei, die nur noch durch ihre Gegnerschaft zur Sozialdemokratie zusammengehalten wird, sollten wir uns zu einem Bloß zusammenfinden? Nummernehr! Das geht nicht im Reiche und ist auch für Baden nicht zu billigen. Was hat denn die badiische Regierung für die Arbeiter getan? Für die brotlosen Fabrikarbeiter hatte sie nicht einen Pfennig, aber für einen großherzoglichen Salonwagen 100000 Mark. Nicht einmal das moralische Recht hatten die Wabener für ihre Budgetabstimmung. Darüber brauchen wir uns auch heute nicht die Köpfe zu zerbrechen, was wir tun wollen, wenn wir einmal die Mehrheit in einem Landtag haben. Wenn wir erst die Mehrheit haben, dann werden wir schon wissen, was wir zu tun haben. Eine Regierung wird ja auch gar kein Budget verlangen, von dem sie weiß, daß die Mehrheit es ablehnen wird. (Widerpruch.) Mit der Verweigerung der Frage an einer Studienkommission hätten wir uns unjagbar blamiert, denn wir hätten damit zugegeben, daß wir uns 16 Jahre um Dinge gestritten hätten, die wir gar nicht kennen. Die freie Meinungsäußerung soll nicht angefaßt werden, aber die breite Masse muß auch ihre Meinung äußern. Es kann doch nicht gehen, daß wir die Führer wählen und malten lassen wie sie wollen. Wir sollen die Dinge nicht auf die leichte Achsel nehmen. Die Partei hat alle Ursache, die Anschuldigungstheorie des rechten Flügels der Partei zurückzuweisen. Das Verhalten, nicht immer von „Richtungen“ zu reden, würde mit dem Augenblick aufhören, wo die linke Seite der Partei in die Arbeit geraten würde. Mit der vorgelegten Resolution bin ich nicht einverstanden. Wir müssen das Einverständnis mit den Beschlüssen des Parteitags aussprechen und uns verpflichten, in ihrem Sinne zu wirken. Redner legt eine entsprechende Resolution vor.

Erhe beantragt nunmehr, die weitere Diskussion auf eine spätere Versammlung zu verlagern.

Hannig wendet sich dagegen, weil das höchste zur Abklärung des Interesses diene.

Der Schlußantrag wird mit 87 gegen 84 Stimmen abgelehnt, doch zweifelt Erhe die Abstimmung an. (Widerpruch.) Ein Teil der Versammlungsbesucher erhebt sich, um das Lokal zu verlassen. Unter allgemeiner Unruhe wird um 12 Uhr auf Vorschlag des Bureau's Vertagung beschlossen. —

Sozialdemokratischer Verein. Die Bezirksver-

Parteienossen und Genossen! Die Reichstagswahl, die eine

Die Wahlvereinsversammlung in Nothensee findet

Vortrag über Park und Garten. Im Kunstgewerbe-

Von der Straßebahn. Nachdem die Hauptveranstaltungen

Gasarbeiter in Magdeburg. Am 3. Oktober, so schreibt

Die Betriebsversammlung der Gasarbeiter bedauert, daß nicht

Beschlossen wurde, diesen Beschluß dem Magistrat und der

Schauspieler-Wettbewerb. Die Handelskammer, der

Ueberführung der Neuen Ringstraße über den

Selbstmordversuch. Gestern mittag hat sich der angebl.

Andweiskarten für zu spät kommende Reisende. Eine

Weintrauben. Es ist jetzt wieder die Zeit gekommen,

Ein Heiratschwindler-Trio. Eine Heiratschwindel-

Kinderräuber. Der im Fluß des Grundstücks Alexanderstraße Nr. 5

Festgenommen sind der frühere Bädergehilfe Hugo M.

Gefunden. Vor dem hiesigen Hauptbahnhof ist am 1. d. M.

Konzerte, Theater, Sport etc.

Stadttheater. Wiederholt ist die Direktion aus allen

Letzte Nachrichten.

Hd. Heilbronn, 5. Oktober. Nach einer hier von

Hd. Kattowitz, 5. Oktober. In Billewie wurde gestern

Hd. Paris, 5. Oktober. In Kattowitz fand gestern

Hd. Gilespia (Illinois), 5. Oktober. Nach weiteren

Revolution in Portugal.

Hd. Paris, 5. Oktober. Mehrere Blätter haben

Einzelne Blätter haben aus London und Mailand

Dem hiesigen Vertreter der „Daily Mail“ wird aus

Der hiesige portugiesische Gesandte, der um 3 Uhr

Der hier in Paris weilende Führer der Partei der

Hd. Madrid, 5. Oktober. Ein hierher von

Hd. Berlin, 5. Oktober. (Signer Drahtbericht der

Hd. London, 5. Oktober. In Ergänzung der Meldungen

Hd. Paris, 5. Oktober. Eine beim hiesigen portu-

Hd. Heilbronn, 5. Oktober. Nach einer hier von

Wettervorhersage.

Donnerstag den 6. Oktober: Unruhig, veränderlich, mild, Regen.





# Politische Uebersicht.

Magdeburg, 5. Oktober 1910.

## Querulanten unter den Privatangestellten.

Zwischen den Rechtsverhältnissen der kaufmännischen und technischen Privatangestellten bestehen heute noch manche Ungleichheiten. In vielen Beziehungen genießen die ersteren gegenüber den letzteren Vorteile, und so ist es erklärlich und verständlich, wenn die technischen Angestellten verlangen, daß sie der kaufmännischen Angestellten gleichgestellt werden. An dieser Stelle sei gleich bemerkt, daß es nur einzig und allein die Schuld der Technik selbst ist, wenn sie in vielen Punkten schlechter gestellt sind als die Kaufleute. Alles was erreicht worden ist, ist nur dem energischen Auftreten der Berufsorganisationen zu verdanken, und daran hat es bei den Technikern bisher sehr gefehlt. Erst die letzten Jahre haben hier Wandel geschafft, und so beobachten wir denn, daß man sich überall gezwungen sieht, den Forderungen der technischen Privatangestellten weitgehendste Beachtung zu schenken.

Der deutsche Juristentag, welcher vom 12. bis 14. September in Danzig tagte, beschäftigte sich in längeren Verhandlungen mit dem Privatbeamtenrecht. Kaum ein Widerspruch erhob sich gegen die Ansicht, daß ein einheitliches Privatbeamtenrecht durchaus notwendig sei. Diskutiert wurde eigentlich nur die Frage, ob schon jetzt ein solches Recht zu schaffen wäre, oder ob das erst eine Aufgabe ferner Zukunft sein könne. Das Resultat der Verhandlungen war die Annahme von Leitfäden mit allen gegen zwei Stimmen, in denen als oberster Grundsatz ausgesprochen wird, daß die für die Handlungsgehilfen bestehenden Schutzvorschriften als zwingendes Recht auf alle Privatangestellten auszuweiten sind. Nur der Vertreter des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Nobel (Hamburg), vertrat in außerordentlich einseitiger Weise die Interessen der Handlungsgehilfen und lehnte eine Ausdehnung der für diese bestehenden sozialen Schutzvorschriften ab mit der Begründung, ein Kaufmann solle aus der rechtlichen Gemeinschaft, in der er sich befindet, nicht herausgenommen und nicht in die rechtliche Gemeinschaft mit den Privatangestellten hineingenommen werden. Wir fürchten, daß man den Handlungsgehilfen nicht das Maß geben wird, das sie fordern.

Auch auf der Tagung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, welche vom 15. bis 17. September in Köln abgehalten wurde, blieb es dem Vertreter des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes vorbehalten, andere Ansichten zu vertreten wie alle übrigen Arbeitnehmervertreter. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Frage: „Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten.“ Hier sind namentlich wieder die technischen Angestellten interessiert, die im Gegensatz zu Arbeitern und Handlungsgehilfen von der Wohlfahrt des reichen, billigen, sachverständigen und bernügenschaftlichen Arbeiters nicht ausgeschlossen sind, denn die rechtlichen Angestellten nehmen Recht vor den Gewerbegerichten nur bei Gehalt unter 2000 Mark, haben aber keine Feindes aus ihrer Reihen. Bereits am Tage vorher hatten sich die in der Zentralkommission der Arbeitnehmerverbände zusammengeschlossenen Gewerbegerichtsbeiräte aus den Kreisen der freien Gewerkschaften eingehend mit dem oben angeführten Punkt der Tagesordnung beschäftigt. Die Bedenken, die da anfänglich gegen die Herbeiführung der Bildung von Angestelltenbehörden vorhanden, wurden durch mehrere Vertreter von Angestelltenorganisationen geräumt, so daß sich in der Hauptverhandlung fast volle Einmütigkeit ergab und die Noncompromittiertheit des Ausbaus der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten allgemein anerkannt wurde. Wieder war es der Herr Nobel vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband, welcher sich gegen die Vereinbarstellung des Angestelltenrechts äußerte. Er fand aber auf allen Seiten lebhaften Widerspruch, und die Delegierten der anderen Handlungsgehilfenverbände erklärten der Reihe nach ausdrücklich, daß sie den parlamentarischen Standpunkt des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes keineswegs teilen.

An den Privatangestellten, den kaufmännischen sowohl wie den technischen, wird es sein, daß sie Sorge zu tragen, daß überall mit solchen Schädlingen und Querulanten wie dem Deutsch-nationalen energisch ausgeräumt wird. Erst dann wird es möglich sein, die angesprochenen Beschwerden und die politischen Parteien davon zu überzeugen, daß alle Privatangestellten in ihren Hauptforderungen einig sind. Und wenn diese Forderungen energisch genug vertreten werden, können sie auch auf baldige Erfüllung rechnen.

## Auß der Parteibewegung.

Provinzialparlament für Schleswig-Holstein und Friesland. Der Provinzialparlament hat die Wahl der Abgeordneten in der Provinz, mit Ausnahme der Kreisparlamente der Dän., in denen das „Hamburger Echo“ vertritt, in seine Hände gegeben. Der Provinzialparlament hat die Wahl der Abgeordneten in der Provinz, mit Ausnahme der Kreisparlamente der Dän., in denen das „Hamburger Echo“ vertritt, in seine Hände gegeben. Der Provinzialparlament hat die Wahl der Abgeordneten in der Provinz, mit Ausnahme der Kreisparlamente der Dän., in denen das „Hamburger Echo“ vertritt, in seine Hände gegeben.

der Anwendung des Massenstreiks handte es sich um das Spiel auf eine Karte. Daher stürzte man die Organisationen so, daß, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, sie ihrer Aufgabe gewachsen sein werden.

Das Recht der Presse zur Kritik. Im Gegensatz zu vielen andern Völkern haben die Karlsruher Gerichte mangelhaft anerkannt, daß die Presse das Recht hat, Mißstände zu kritisieren und die Interessen der Öffentlichkeit zu wahren. Genosse Weismann vom Karlsruher „Volksfreund“ hatte scharfe Kritik an einer Schwundelkassette geübt und zog sich dadurch eine Verleumdungsklage zu. Das Schwundelgericht sprach ihn frei mit der Motivierung, daß er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Das Landgericht bestätigte am Freitag das freisprechende Urteil und erklärte, dem Angeklagten sei der Beweis für seine Behauptungen zwar nicht gelungen, gleichwohl sei ihm der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugunsten. Er habe die bei der Krankenkasse „Gerrania“ hervorgehenden Mißstände aufgedeckt und damit den Lesern, welche Mitglieder dieser Kasse waren, einen Dienst geleistet. Dadurch handte der Redakteur in Wahrung berechtigter Interessen, die er als seine eignen vertreten durfte.

Der Arbeiter-Gefangenenverein als „Unterrichtsanstalt“. Genosse Cieslod in Zabrze ist Direktor eines Arbeiter-Gefangenenvereins, dem auch eine Anzahl jugendlicher Arbeiter — natürlich nicht etwa schulpflichtige Kinder — angehören. Im Monat Januar erhielt er nun zwei Strafmandate über zusammen 600 Mark mit der Androhung, sofort seine Tätigkeit beim Arbeiter-Gefangenenverein, die sich als unerlaubte Unterrichtsverteilung darstelle, einzustellen, widrigenfalls im Falle der Zahlungsunfähigkeit eine Haft von 30 Tagen vollzogen würde. Alle Beschwerden gegen diese Vorgehen der preussischen Unterrichtsverwaltung wurden abgewiesen und Cieslod am 8. Mai in Haft genommen. Nach 24 Tagen wurde er auf Beschwerde seines Rechtsanwalts aus der Haft entlassen. Er nahm seine Tätigkeit wieder auf und erhielt daraufhin folgende neue Verfügung:

Königliche Regierung  
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.  
Dypln., den 17. 9. 1910.

Sie haben trotz des in unserer Verfügung vom 7. Dezember 1909 II E. V. 2402 ausgesprochenen Verbots am 14. August dieses Jahres in dem Saale des Gastwirts Freund in Zabrze 8 an jugendliche Personen Gefangenenunterricht erteilt. Es wird daher für diesen Fall der Zuwiderhandlung die Ihnen durch die vorgenannte Verfügung angeordnete Geldstrafe von 300 Mark, an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle für je 12 Mark 1 Tag Haft tritt, hiermit festgestellt. Mit der Einziehung der Strafe haben wir den dortigen Magistrat beauftragt, an den die Geldstrafe bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung 2 Wochen vom Tage der Zustellung an gerechnet, abzuführen ist.

Wir wiederholen, es handelt sich keineswegs um Kinder und natürlich auch nicht um eine Unterrichtsverteilung, sondern um einen Gefangenenverein, in dem Lieder eingeschrieben werden, wie in jedem andern Gefangenenverein auch. Es ist noch nie einer Verhörs eingeleitet, solche Gefangenenvereins-Abendstunden für Unterrichtsstunden zu erklären, freilich — hier handelt es sich um einen Arbeiter-Gefangenenverein.

## Auß der Gewerkschaftsbewegung.

Zur Ausperrung in der Metallindustrie. Der Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes erläßt in der neuesten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ eine Publikation an die Mitglieder, in der nach einer kurzen Sachdarstellung der Differenzen und der Forderungen der Werftarbeiter die vom Vorstand beschlossenen außerordentlichen Maßnahmen für die bevorstehende große Ausperrung bekanntgegeben werden. Es wird die Erhebung eines Extrabetrags ausgeschrieben. Dieser soll im Grundbetrag 20 Pf. pro Woche betragen. Die Verwaltungen, die es ohne Gefahr für den Mitgliederbestand können, sind verpflichtet, zu diesem Grundbeitrag lokale Zuschläge, deren Höhe örtlich einseitlich geregelt wird, zu erheben. Der lokale Beitrag (Grundbeitrag und lokaler Zuschlag) ist unverzüglich an die Hauptkassa abzuführen. Die Unterfügungen sollen in der Art geregelt werden, daß die von der Ausperrung betroffenen Mitglieder für die ersten 14 Tage auf Unterfügung aus Verbandsmitteln zu verzichten haben. Zweite, die während der Ausperrung entstehen, werden ersatz behandelt. Die Mitglieder erhalten für die ersten 14 Tage des Streiks keine Unterfügung. Während der Ausperrung dürfen solche Zuschläge zu den Verbandsumgehörungen nicht gezahlt werden. In dem Aufruf wird ferner gesagt:

Die Arbeitsbedingungen der deutschen Werftarbeiter sind während der letzten Wirtschaftskrise vielfach verschlechtert worden. Sie werden in Einklang zu bringen mit den Erfordernissen der gegenwärtigen Zeit, einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Forderungen aller wichtigen Klassenangehörigen und der dadurch geübten Kaufkraft des Arbeitslohnens sowie eine Stärkung der Arbeitsverhältnisse gegen die Konkurrenz der ausländischen Arbeiterkräfte, das ist der ausschließliche Zweck des Streikrechts.

Mit einem Appell an die Einigkeit und Geschlossenheit und mit der Aufforderung zur tatkräftigen finanziellen und moralischen Unterstützung schließt die Publikation des Zentralverbandes.

Die Verhandlungen werden noch fortgeführt. Dienstag und die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt worden. Die Unternehmern haben einige Zugeständnisse in bezug auf Lohnfragen gemacht. Weiterhin sind Zugeständnisse sind, darüber vorläufig nichts. Da die Verhandlungen geheimgehalten werden. Einer Verkürzung der Arbeitszeit haben sich die Unternehmer nicht zugänglich gezeigt. Mittwoch nachmittag wird eine Konferenz von Vertretern der Werftarbeiter erneut Stellung nehmen. Mittwoch abend 8 Uhr werden dann die Verhandlungen zwischen den Organisationskomitees und Unternehmern ihren Gang nehmen.

Zur Tarifbewegung der Buchbinder in Hannover. Dieser ist in einer Vertikale die Arbeit niedergelegt worden, im Streite befinden sich jetzt 90 Personen. Am 8. Oktober in den meisten Fällen die Streikbewegung abbreiten wird an diesen Tagen das Gros der Arbeiter und Arbeiterinnen, jetzt 1000 Personen, in den Ausnahmefällen Streikbewegungen können wegen ausgeschlossen. Die Streikbewegung in Hannover, unter 10. Oktober, 10. 10. und auch die Streikbewegung haben durch Interim in zahlreichen auswärtigen Mannern Arbeitsplätze zu verlieren, die höher sind als die der hiesigen Arbeiterkräfte gebühren.

Streik der Schergerber in Eßlingen. Bei der Firma Hofer in Eßlingen, Württemberg, haben 174 Schergerber die Arbeit niedergelegt. Die streikende Abteilung der Arbeiter um 15 Frauen, fünfweilige Angehörige der Hülfsarbeiter sowie der Mann- und Inhaber der Firma in Eßlingen zu sehen. Für alle Arbeiter, auch die Arbeiterinnen, eine Aufhebung für Unterbrechung, der wochentags 15 Pf. und Sonntag 30 Pf. pro Stunde betragen soll; außerdem Befreiung aller Unterbrechungen bei der Beschäftigung des Arbeiteranfalls. Zugang ist...

# Die Massenmörder Brüder Koppius.

Magdeburg, 5. Oktober.

Zeit dem Jahre 1906 wurde die Bevölkerung der Pleißestadt durch eine Reihe der verwerflichsten Raubmorde und Raubüberfälle und der dreifachen Erpressungen fortwährend in Aufregung gehalten. Erst im August dieses Jahres gelang es, den Tätern, auf deren Ergreifung hohe Belohnung gesetzt war, auf die Spur zu kommen, als sie wieder einen ihrer Erpressungsversuche gegen den Inhaber der Leipziger Verlagsfirma J. J. Weber („Leipziger Illustrirte Zeitung“) unternahm. Es stellte sich bald heraus, daß die als Erpresser gefaßten Brüder Karl und Fritz Koppius auch die zahlreichen Mord- und Raubthaten der letzten Jahre verübt haben. Sie stehen nun heute, Witkwoch, vor den Geschwornen, um von diesen abgeurteilt zu werden. In den mit „Argus II.“ unterzeichneten Mord- und Erpresserbriefen an Weber hatten die Brüder Koppius detaillierte Schilderungen ihrer Mordthaten gegeben, so daß es längst den Behörden klar war, daß die Mörder mit den Schreibern der Erpresserbriefe identisch waren. Die erste Untat wurde am 17. Dezember 1906 durch einen

Heberfall auf den Geldbriefträger Rübner in der Nikolaistraße verübt. Auf dem Fluß des zweiten Straßensystems begegnete dem Beamten, der schon am Tage vorher eine Postanweisung an eine im Hause unbekannt Adresse vergeblich zu bestellen versucht hatte — offenbar war die Postanweisung von dem Täter selbst aufgegeben — ein unbekannter Mann. Dieser ging mit einem „Guten Morgen!“ an ihm vorbei, drehte sich dann aber um, schlug den Geldbriefträger mit einem Hammer nieder und schritt ihm die Geldtasche ab, in der sich 9000 Mark in barem Gelde befanden. Als der Schwerverletzte in seinem Blute bewußtlos liegende Geldbriefträger aufgefunden wurde, war der Täter längst mit seinem Raub in Sicherheit.

Im Sommer 1907 wurde in einem Haus in der Goltzstraße ein

Heberfall auf die Fabrikbesitzerin Wagner verübt. Auch Frau Wagner begegnete einem unbekanntem Mann, der an ihr zunächst vorüberging und ihr dann von hinten ein Messer in den Hals zu stechen versuchte. Als die Heberfallene laut um Hilfe schrie, entflohr der Täter mercklos. Von langer Hand vorbereitet war die

Ermordung der Eheleute Friedrich am 2. November 1908 in ihrer Wohnung in der Windmühlstraße 21. Auch hier war es auf den Heberfall auf den Geldbriefträger abgesehen gewesen. Bei dem alten Schriftsetzerinvaliden Friedrich war am Tage vorher ein Schlafstuhleingezogen (einer der beiden Brüder Koppius). Er hatte dann an sich selbst einige Postanweisungen abgeschickt und erwartete nun gemeinsam mit dem andern Koppius die Verteilung durch den Geldbriefträger. Am die Tat ungehindert ausführen zu können, wurden die alten Leute zunächst kaltblütig mit einem Hammer totgeschlagen. Der Heberfall auf den Geldbriefträger Froberg mißlang jedoch, da dieser zugleich mit einem andern Briefträger heraufkam. Die Mörder mußten sich mit den Sparsparbüchern und geringwertigen Schmuckgegenständen des ermordeten Ehepaars begnügen.

Die letzte Raubthat verübten die Brüder Koppius am 21. März 1910, als sie das bei einer Frau Bauer in der Linastraße in Stellung befindliche Dienstmädchen Seyffarth niederschlugen. Ungeachtet der eifrigsten Bemühungen der Leipziger Behörden, die durch Berliner und Dresdner Kriminalbeamte unterstützt wurden, und obwohl die gesamte Bevölkerung den lebhaftesten Anteil an der Ergreifung der Täter nahm, blieben diese nach wie vor unentdeckt. Es fehlte jeder Anhaltspunkt für ihre Ermittlung und das, obwohl die Verbrecher alles andere taten, als sich für die vorübergehenden zu halten. Ende 1908 begannen sie mit dem Erpressungsversuch gegen die Verlagsbuchhändler Weber, durch den die Stadt Leipzig noch mehr als durch die Morde selbst in Aufregung versetzt wurde. Kurz vor Weihnachten erhielt die Verlagsbuchhandlung ein anonymes mit „Argus II.“ unterzeichnetes Schreiben, in dem der Schreiber angab,

daß er 20 Morde verübt habe, davon drei in Leipzig. Er wollte ein Meinungsstück über seine Mordthaten schreiben und verlangte dafür von dem Verlag sofort einen Vorkauf von 5000 Mark. Der Brief schloß mit einer Forderung an die Inhaber der Firma, wenn das Geld nicht bis zum 21. Dezember um 6 Uhr an einen Zeitungstisch abgeliefert sei. In dem Briefe waren auch die Angaben enthalten, daß die bei den Friedrichschen Eheleuten geraubten Goldstücke im städtischen Verhau am 2. November für 27 Mark veräußert worden seien, was bis dahin nicht hatte ermittelt werden können. Die von Weber benachrichtigte Polizei stellte nun fest, daß diese Angaben tatsächlich richtig waren. Da auch die Handchrift des Schreibens dieselbe war wie auf den Postanweisungen, war kein Zweifel, daß der Schreiber des Erpresserbriefes identisch mit einem der Mörder sei. Am 8. Januar traf ein neuer Erpresserbrief ein, in dem 1000 Mark Forderung verlangt wurden, falls die Firma das angeborene Verlagsgeschäft abgibt. Es wurde auch ein Vater an der bezeichneten Stelle niedergelegt. Der Schreiber ging aber nicht in die Hölle, vielmehr hüllte er in einem weiteren Brief über die Angehörigkeit der Polizei, er habe natürlich sofort erkannt, daß Postbeamte als Strafgelehrer verkleidet in der Nähe gewesen seien. Zum Beweis, daß er der Mörder sei, wurde wiederum eine Reihe Einzelheiten angegeben, die zum Teil bis dahin gar nicht bekannt waren und die bei einer Nachprüfung als richtig erwiesen. Später machte der Anonymus auch genaue Angaben über den Heberfall auf Frau Wagner, so daß man auch hier in ihm den Täter erkannte, nachdem sich ursprünglich

der Verdacht gegen den Chemann selbst gerichtet hatte, der auch lange Zeit in Untersuchungshaft hatte liegen müssen. Bekanntlich hatte sich auch der Schriftsteller Dr. Fleißner in Leipzig, der für den Fabrikanten Wagner eingetreten war, eine längere Gefängnisstrafe wegen Verleumdung der Behörden, Hausfriedensbruchs usw. zugezogen. Die Affäre wurde immer wichtiger. Es folgte ein anonymes Brief dem andern. Der Erpresser wurde immer drohender und fieber, und das führte ihn schließlich doch ins Verderben. Am 16. Juli überbrachte ein Junge wieder einen abgeleiteten langen Brief, in dem von den Inhabern der Firma Weber sämtliches vorhandenes Bargeld und noch weitere nachzuliefernde 20000 Mark verlangt wurden. Herr Siegfried Weber bedeutete dem Jungen zu warten und setzte sich mit der Polizei telefonisch in Verbindung. Inzwischen war der Junge aber weggeklaut. Herr Weber machte sich mit seinem untenstehenden Automobil an die Verfolgung des Jungen, der in der Salomonstraße an einem Baum wartend stand. In der Nähe wurden auch zwei verdächtige aussehende Männer beobachtet, an deren Verfolgung man nun ging. Es gelang einem der Männer, die eiligt davonliefen, zu fassen, und damit hatte man einen der Mörder und Erpresser, Karl Koppius. Eine Hausdurchsuchung gab sofort die Verhaftung des Heberfalls. Man fand dort dieselben Briefbogen und Akten, wie sie zu allen Erpresserbriefen benutzt worden waren. Auf einem Wagen war sogar ein halbangefangener Satz auf dem dieselben Worte in der gleichen Handchrift standen, wie in den letzten an die Firma Weber gelangten Erpresserbriefen. Am nächsten Morgen Fritz Koppius in der Wohnung seines Bruders erschien, wurde er von der dort wartenden Polizei ebenfalls dingfest gemacht. Damit waren die beiden Täter abgefangen. In der Untersuchungssache haben sie in Einzelvernehmungen ein teilweises Geständnis abgelegt, wobei sie den Vernehmern nach bemerkt gewesen sein sollten, gegenseitig den Hauptmord dem andern zuzuschreiben.

Für die Verhandlung sind 2 Tage in Aussicht genommen.

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 4. Oktober 1910.

Eine Kindesmörderin freigesprochen. Verhandelt wird gegen das Dienstmädchen Vera Unasch aus Rostock, geboren 1890, wegen Kindesmordes.

Verurteilt. Die zweite Verhandlung richtete sich gegen den Dachdeckergehilfen Wilhelm Koch aus Wittenberg.

Kleine Chronik.

Dynamitattentat gegen einen Polizeibeamten. Zu der Nacht zum Dienstag ist auf das Haus des Polizeibeamten Bestheide in Hornbruch bei Bochum ein Dynamitattentat verübt worden.

Unter der Fleischhadmaschine. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag in einer Schlächterei in Berlin.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Feuerweh.

In der Reuhäuser Straße in München stieß am Dienstagabend ein Straßenbahnwagen mit einem vollbesetzten Mannschaftswagen der Berufsfeuerwehr zusammen.

Fernflug Berlin-Machen.

Zur Veranstellung eines Fernflugs Berlin-Machen... Die Konfurrenzen, die für die rasche Flieger... geschrieben und mit sehr erheblichen Preisen dotiert werden soll.

Eisenbahnunfälle.

Zwischen Barmstedt und Hagen bei Köln hat sich am Dienstagabend ein Eisenbahnunglück ereignet. Ein Güterzug fuhr auf zwei mit Baumaterialien beladene Güterwagen, die an der Unfallstelle hielten.

Eine furchtbare Feuersbrunst wütete in der Ortschaft Kieselgöw (Rußland). Während fast alle Bewohner bei der Karloffeleerte auf dem Felde weilen, brach ein Brand aus, der in kurzer Zeit, da Hilfe nicht zur Stelle war, den ganzen Ort in Flammen setzte.

Die Cholera.

Am Dienstag sind in der Stadt Neapel zehn Erkrankungen und drei Todesfälle an Cholera festgestellt worden; in den neapolitanischen Provinzen 17 Erkrankungen und sechs Todesfälle.

Im Gärtler durch giftige Gase getötet. In Stuhlmeisenburg wurde der Gutbesitzer Lohes, dessen Tochter und Entlein, als sie ihrem Wein Keller einen Besuch abstatteten, von den Gasen des jungen gärenden Weines berast beunruhigt, daß alle drei, bevor Hilfe kam, erstickten.

Bereins-Kalender.

- Sozialdemokratischer Verein. Bezirk Wilhelmstadt. Freitag den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr. Sitzung der Kassierer und 2 Männer im „Luisenpark“.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Die Festungsträger müssen wegen den am Freitag stattfindenden Metallarbeiter-Versammlungen mit ihren Bezirkskassierern bereits am Donnerstag den 6. Oktober abrechnen.

Bezugsquellen-Verzeichnis. A large directory listing various businesses and their addresses in Magdeburg, including beer breweries, bakeries, and general stores.

# Nicht große Versammlungen aller Arbeiter u. Arbeiterinnen der Metall-Industrie Magdeburgs

finden  
am Freitag den 7. Oktober er., sofort nach Arbeitschluß

in folgenden Lokalen statt:

- 1. Quisenpark, Spielgartenstraße 1c**  
für Fr. Krupp-Grusonwerk; Schaeffer & Sudenberg; Grabe-Motortwerke; F. Ergang.
- 2. Friedrichslust, Leipziger Straße 56**  
für C. L. Strube; Maschinenfabrik Buckau u. G., Abteilung Buckau und Abteilung Sudenburg (Nöhlig & König; Föhring & Sauter; Gabler & Brede; Glauer & Co.; C. D. Dost.
- 3. Thalia-Saal, Dorotheenstraße 14**  
für R. Wolf, Abteil. Buckau; Koch, Bantelmann & Paasch; G. Burgemeister.
- 4. Zerbster Bierhalle, Schöninger Straße 28**  
für E. Volte; E. Bendel; Sudenburger Maschinenfabrik; Gebrüder Commichau; C. Liebau.
- 5. C. Stillers Lokal, Fernersleben**  
für R. Wolf, Abteilung Salbke; Otto Gruson & Co.
- 6. Weißer Hirsch, Friedrichsplatz 2**  
für Metallwerke J. Abers; G. Schulze; C. Rudolph & Co.; C. Förster; H. Paasch & Co.; Gebrüder Böhmer; Magdeburger Werkzeugmaschinen-Fabrik.
- 7. Krone, Moldenstraße 43/45**  
für S. Mundlos & Co.; Zacharias & Steinert; A. Böhmer & Co.
- 8. Sachsenhof, Große Storchstraße 7**  
für Branchen der Bauschlosser, Drahtweber, Elektromonteur, Feilenhauer, Graveure, Goldarbeiter, Klempner, Installateure.

Die Kollegen aller nicht genannten Betriebe versammeln sich im Lokale ihres Bezirks.

3279

Tagesordnung:

## Der Gewaltakt der Unternehmer in der Metallindustrie Magdeburgs.

Referenten sind die Genossen: **Beims, Brandes, Flüge, Gorgas, Hähnsen, Hoffmann, Kaufuss und Undeutsch.**

Kollegen! Wir stehen unmittelbar vor dem Termin, an welchem die Scharfmacher in der Metallindustrie einen wirtschaftlichen Kampf zur Ausführung bringen wollen, der alle bisherigen, auch die größten Kämpfe, in den Schatten stellen wird.

Nahzu eine halbe Million Metallarbeiter sollen brotlos werden. Der Hunger soll diese Masse veranlassen, die Hamburger Werstarbeiter zum Aufgeben ihrer Forderungen zu zwingen, nachdem die Aussperrung von 30000 Werstarbeitern diesen Erfolg nicht gezeitigt hat.

Die Arbeiterorganisationen nehmen diesen Kampf an. Sie sind vorbereitet.

In obigen Versammlungen sollen die Metallarbeiter der hiesigen Betriebe dem Unternehmertum ihre Antwort geben. Auf deshalb zu den Versammlungen! Der letzte Kollege muß zur Stelle sein.  
**Der Einberufer. U. Brandes.**

### Hilfsverein für Blinde (Kreis Magdeburg).

Montag den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Kriemhildsaales“, Leipziger Straße 11/12

### Großes Wohltätigkeits-Konzert.

Zur Aufführung gelangt u. a. „Die Lorelei“, unvollendete Oper von Mendelssohn-Bartholdy, von der Volks-Sing-Akademie unter gütiger Mitwirkung der Konzertführerin Frau Elisabeth Müller-Fuchs (Soprano) unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Alb. Mattausch und des städtischen Orchesters unter Leitung des fgl. Musikdirektoren Herrn Joseph Krug-Waldsee.

Preise der Plätze: Loge 1.00 Mk., Saalplatz 50 Pf. 3125  
Vorverkauf in der Heinrichshofischen Buchhandlung, bei sämtlichen Sortimentsmitgliedern sowie an der Abendkasse.

### Burg. Walthalla-Tonbild-Theater. Burg.

3157 Heute Donnerstag  
**Neues Pracht-Programm**  
Programm-Nummern sind am Theater angehängt.  
Zahlreichem Besuch sehr entgegen. **Otto Wohlfarth.**

### Wernigerode Walthalla-Tonbild-Theater

Heute Donnerstag: Neues Pracht-Programm.  
Zum Besuch laden ein Die Direktion.

## Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

### Bezirksversammlungen

finden statt:

Montag den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr  
Bezirk Neue Renstadt im „Weißer Hirsch“, Friedrichsplatz 2.  
Bezirk Buckau in der „Thalia“, Dorotheenstraße 14.

Dienstag den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr  
Bezirk Magdeburg-Nord bei Böhme, Kleine Klosterstraße 15/16.  
Bezirk Magdeburg-Süd bei Lichteck, Knochenhauerufer 27/28.  
Bezirk Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle“, Schöninger Straße 28.  
Bezirk Alte Renstadt in der „Krone“, Moldenstraße 43/45.  
Bezirk Wilhelmstadt im „Quisenpark“, Spielgartenstraße 1c.  
Bezirk Friedrichstadt u. Werder im „Knyffhäuser“, Königsborner Str.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Vortrag. 2. Der Bezirkstag. 3. Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.

Die Parteigenossen, besonders aber die Genossinnen, werden eruchtet, reichlich zu erscheinen.

Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation vorzuzeigen.

Der Vorstand.

**Küchenzettel**  
der Magdeburger Volkstüche  
Große Marktstraße 12.  
Donnerstag: Rinsen mit Milch.  
Freitag: Schellfisch mit Mostschauce und Salzkartoffeln.  
Sonntag: Saure Narioffelsuppe mit Schweinefleisch.

### Stadttheater

Sonder-Abonnement  
auf einen  
Johannes Schillerischer  
Werke.

Die Direktion eröffnet mit dem heutigen Tage ein Sonder-Abonnement auf einen Johannes Schillerischer Werke, welche an den kommenden Sonntag-Nachmittagen zur Ausführung gelangen sollen. Die erste Jullius-Vorstellung findet am Sonntag den 23. Oktober, nachmittags, statt. Der Vorkauf beginnt heute, Donnerstag den 6. Oktober. Es gelangen zur Ausführung: „Don Carlos“, „Wallensteins Lager“ und „Die Pikkolomini“, „Wallensteins Tod“, „Die Braut von Messina“, „Wilhelm Tell“.

Preise der Plätze:  
Fremdenloge 14 Mk. 1. Rang  
Ballon 14 Mk. 1. Rang Loge  
14 Mk. 1. Rang Proszen. 14 Mk.  
Orchesterloge 14 Mk. Parterreloge  
11,25 Mk. Parterre 11,25 Mk.  
2. Parterre 7,50 Mk. 2. Rang  
Proszenium 6,25 Mk. 2. Rang  
6,25 Mk. 3. Rang Proszenium  
3,75 Mk. 3. Rang Seite 3,25 Mk.

### Stadt-Theater.

Donnerstag den 6. Oktober  
Anfang 7 1/2 Uhr. 5. Abend (graue Karten). Ende 10 1/2 Uhr.

### Mignon.

Freitag den 7. Oktober

Der Troubadour  
Hierauf:  
Am Schwanensee.  
(Ballett.)

### Wilhelm-Theater

Donnerstag und Freitag  
Große Lehar-Revue!  
Durchschlagender Erfolg!  
Zigenerliebe.

Sonabend den 8. Oktober  
Uraufführung!

### Die verbotene Braut.

Operette in 3 Akte v. R. F. Adolphi.

D. o. S.



### Portemonnaie m. Jnl.

Donnplatz gefund. Geg. Erhalt.  
Infolten wiederzuerh. Karl R.  
Braunschweig, Kussbergstraße

### Otto Krüger

im Alter von 18 Jahren an  
25. September im Hofen von  
Brunsbüttel ertrunken ist.  
Dies zeigen tiefbetrubt an  
Anton Marchewicz und  
Frau nebst Geschwister.

### Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltung Magdeburg.

### Nachruf.

Am 30. September hat  
unser braver Kollege, der  
Metallarbeiter

### Michael Luckewitz

51 Jahre alt, an einer Magen-  
operation. Der Verstorbenen  
war ein langjähriges eifriges  
Mitglied des Verbandes, bis  
bis in die letzte Zeit tätige  
Anteil an der Organisations-  
arbeit nahm.

Wir halten sein Andenken  
in Ehren.

### Die Verwaltung.

**Zirkusgebäude  
Königsstraße.**  
Königl. Niederländ.  
**Zirkus O. Carré**  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
Der Kampf ums Pferd  
Sensationell. Einmalig.  
von 5 Akten.  
**La dame Blanche**  
21. Akt.  
**Herr Alb. Carré**  
Elephanten-Exhibition.  
**De Gracias**  
3 Royal Assam  
Elephants. Assam  
Elephanten i. d. Natur.  
**Die Erretter d. Kapitais**  
6 brillante Akte des  
japanischen G. Saito  
u. d. Schiffs-Kapit.  
Am Schluss der Oper  
Sensationschmelze, nach  
d. Akt. u. d. d. d. d.  
Gewinnst. i. d. d. d. d.  
Gede. d. d. d. d. d. d.

**Walthalla-Theater**  
Täglich abends 8 Uhr  
**Halloh!**  
Die große Revue!  
von J. Fremad.  
Kauf von B. Linde.  
In Szene geht d. d. d. d.  
Fritz Friedl.  
**Parterresaal:**  
**Konzert u. Varieté-**  
**Vorstellung.**  
**Ein d. d. d. d. d. d.**

**Wilhelm 2. von Gottes Gnaden**  
Sensationsvolle Aufzeichnungen eines  
Bertrags von Karl Schneidt  
**Preis 20 Pfennig**  
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Münzstr. 3

**Stephanshallen**  
— Rich. Froberg —  
Abends 8 Uhr  
**Varieté-Vorstellung.**  
Sensations-Programm  
— d. d. d. d. d. d. —  
**Eldorado**  
Große Theaterstr. Nr. 12  
Jeden Abend 8 Uhr  
**Varieté und Kabarett**  
mit d. d. d. d. d. d.  
Abends 11 Uhr. Matinee.

**Fürstenhof-  
Theater**  
Dir. d. d. d. d. d. d.  
Sensations-  
Compagnie  
u. d. d. d. d. d. d.  
Das Gesicht  
am Fenster  
Capl. d. d. d. d. d. d. d.  
d. d. d. d. d. d. d. d. d.  
Trotz der großen Unkosten  
Vorzugsarten gültig.

**ZENTRAL-  
THEATER.**  
Der sensationelle  
**Apachen-  
Tanz**  
Paul Jülich  
der populäre Humorist  
Die von  
**40 Stunden**  
gebildete Poße  
**Verpatzté**  
**Flitterwochen!**  
Lage weitere 7 Schläger.

**Stadt-Theater.**  
Donnerstag den 6. Oktober  
Anfang 7 1/2 Uhr. 5. Abend (graue Karten). Ende 10 1/2 Uhr.  
**Mignon.**  
Freitag den 7. Oktober  
Der Troubadour  
Hierauf:  
Am Schwanensee.  
(Ballett.)  
**Wilhelm-Theater**  
Donnerstag und Freitag  
Große Lehar-Revue!  
Durchschlagender Erfolg!  
Zigenerliebe.  
Sonabend den 8. Oktober  
Uraufführung!  
**Die verbotene Braut.**  
Operette in 3 Akte v. R. F. Adolphi.



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 234.

Magdeburg, Donnerstag den 6. Oktober 1910.

21. Jahrgang.

## Sozialdemokratischer Bezirksverband Magdeburg.

Zum Parteitag.

Der Vorstand des Bezirksverbandes vernimmt hierdurch den fünften ordentlichen Parteitag zu

**Sonntag den 23. Oktober nach Magdeburg-Fernersleben, Restaurant von Emil Stiller,**

ein. Die Sitzung beginnt vormittags pünktlich um 10 Uhr. Bezirksvorstand und Ausschuss bringen folgende Tagesordnung in Vorschlag:

1. Rechenschaftsbericht: a) des Bezirksvorstandes (Referent H. Weims); b) der Kreiskonmission (Referent A. Brandes); c) der Revisoren.
2. Die nächsten Reichstagswahlen (Referent O. Landsberg).
3. Jugendbewegung und Kinderschutz (Referent Fr. Holzappel).
4. Wahlen.
5. Bestimmung des nächsten Tagungsortes.
6. Allgemeines.

Zur Tagesordnung liegt folgender Antrag vor: Wahlkreis Langleben (Generalversammlung):

„Die Generalversammlung beantragt, beim Bezirksstag Schritte zu unternehmen, die darauf hinausgehen, die Schaffung eines zentralen Jugendauschusses für den Regierungsbezirk Magdeburg vorzubereiten.“

Das Statut des Bezirksverbandes bestimmt:

Der Bezirksstag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Kreisorganisationen, dem Bezirksvorstand und -auschuss und dem Vertreter der Kreiskonmission. Außerdem sind die Reichs- und Landtagsabgeordneten und Kandidaten der Wahlkreise stimmberechtigt. Je ein Vertreter der Redaktion und der Parteigeschäfte haben beratende Stimme.

Auf je 300 Mitglieder kann die Kreisorganisation einen Delegierten entsenden; angefangen 300 gelten für voll. Der Berechnung ist die Mitgliederzahl zugrunde zu legen, für die im letzten Geschäftsjahr vor dem Bezirksstag Beiträge an die Bezirkskasse entrichtet sind. Kreisorganisationen mit weniger als 300 Mitgliedern können zwei Delegierte entsenden.

Die Delegationskosten für ihre Delegierten, Abgeordneten und Kandidaten haben die Kreisorganisationen selbst zu tragen. Kreisorganisationen, die mit ihren Beiträgen zum Bezirksverband länger als 3 Monate im Rückstand sind, haben nur Anspruch auf Vertretung auf dem Bezirksstag, wenn ihnen die Beiträge durch den Bezirksvorstand gesundet sind.

Den Delegierten ist ein Mandat auszustellen.

Der Bezirksstag wählt sich ein eigenes Bureau, er setzt endgültig die Tagesordnung fest, gibt sich eine Geschäftsordnung und prüft die Legitimation seiner Teilnehmer.

Die Einberufung des Bezirkstags hat 6 Wochen vor seinem Eintreffen unter Angabe der vorläufigen von dem Bezirksvorstand festzusetzenden Tagesordnung durch Bekanntmachung in der „Volksstimme“ zu erfolgen. Die Bekanntmachung ist unter Hinzufügung der eingegangenen Anträge mindestens zweimal zu wiederholen. Anträge, die veröffentlicht werden sollen, müssen dem Bezirksvorstand spätestens 14 Tage vor dem Stattfinden des Bezirkstags zugesandt werden.

Die Mandatsformulare haben wir vor einiger Zeit an die Kreisleitungen versandt. Das Tagungshotel läßt sich am besten erreichen, wenn man vom Hauptbahnhof Magdeburg mit der Straßenbahn bis Endstation Buchen fährt. Von dort erreicht man das Lokal zu Fuß in 10 Minuten.

Der Jahresbericht des Bezirksverbandes ist den Kreisorganisationen bereits zugegangen. Diese stellen ihn nebst dem Statut des Bezirksverbandes den Delegierten so rechtzeitig zu, daß beides vor dem Parteitag gründlich besprochen werden kann.

### Frauenkonferenz!

Parteilosensinn! Vorstand und Ausschuss unseres Bezirksverbandes haben beschlossen, auch in diesem Jahre im Anschluß an den Parteitag eine

### Konferenz der weiblichen Parteimitglieder

stattfinden zu lassen. Wir berufen diese Konferenz hierdurch auf Sonnabend den 22. Oktober 1910, nachmittags 2 Uhr, nach Magdeburg, Restaurant zur Neuen Welt, Fackelsberg 9, ein.

### Tagesordnung:

1. Welche Aufgaben hat die Frau in der sozialdemokratischen Parteiorganisation zu erfüllen? Referentin Frau Luise Zieg (Berlin).
2. Bericht über den Stand der proletarischen Frauenbewegung in unserem Bezirk.
3. Zeitungslektüre und Arbeiterfraueninteressen.

Die örtlichen Parteileitungen ersuchen wir, diese Konferenz durch weibliche Mitglieder zu beschicken. Die Delegationskosten haben die Kreisorganisationen zu tragen; die allgemeinen Kosten übernimmt der Bezirksverband.

Magdeburg, den 4. Oktober 1910.

Der Vorstand des Bezirksverbandes.

H. A. S. Weims.

## Provinz und Umgegend.

**Alten, 5. Oktober. (Volksvereinsversammlung.)** Genosse Kuhnert erstattete den Bericht der Bibliothekskommission. Die Bibliothek ist vor etwa 15 Jahren vom Arbeiterbildungsverein dem Volksverein übergeben worden. Von den übergebenen Büchern ist eine Anzahl abhanden gekommen. Genosse Kuhnert wurde als Bibliothekar gewählt. Vom Genossen Edz wurde die geringe Beteiligung der Genossen an dem letzten Ausflug einer Kritik unterzogen. Zur Frauenkonferenz in Magdeburg wurde die Genossin Patrauk delegiert. Genosse Edz referierte hierauf über Kartelle, Trusts und Syndikate. Genosse Göring machte zu dem Vortrag einige Ausführungen. Die Versammlung beschloß, die Stadtverordneten der dritten Abteilung zu ersuchen, einen aus ihrer Mitte zu ernennen, welcher in der nächsten Mitgliederversammlung Bericht erstattet über die Tätigkeit im Stadtparlament.

(Die Bücher aus den Bibliotheken des Arbeiterbildungsvereins oder Volksvereins müssen sofort an den Genossen Hödiger abgeliefert werden.)

**Burg, 5. Oktober. (Arbeiterchutz.)** Wenn immer der Arbeiterchutz die notwendige Mühe beim Zustandekommen und der Handhabung der Gesetze und Bestimmungen, die sie direkt angeht, verwendet worden ist, dann greift sie zur Selbstbetätigung. Die Arbeiterchutz Burg hat hierbei nicht an letzter Stelle gestanden. Wir beschwerten schon kurz an dieser Stelle einmal über eine Einrichtung, die sich die Arbeiter schaffen wollten, um der steinmütterlichen Behandlung, die sie im industriereichen Burg im Punkte Arbeiterchutz ganz besonders hart empfinden hat, entgegenzuwirken. Diese Einrichtung ist mit dem 1. Oktober in Kraft getreten. Der Kampf gegen Nachlässigkeit, Leichtsinnigkeit, die manchem Arbeiter und mancher Arbeiterin Glibberverletzungen und -verluste eingebracht haben, hat auf der ganzen Linie begonnen. Er ist kein Kampf „mit Pauken und Trompeten“,

er ist ein stiller, stetiger, ernst und darum, meinen wir, desto wirksamere Kampf. 200 Vertrauensmänner aller Industriebetriebe und fast alle Bauhandwerker sind mit Meldelarten ausgerüstet, und gleich nach der Ereignung eines Unfalls wird man an zuständiger Stelle von ihm Kenntnis haben. Meldungen der hiesigen Blätter: „in einer hiesigen Fabrik ereignete sich ein Unfall“, werden wir genaue Berichte über Betreffende, Persönlichkeit der Verletzten, Art und Ursachen der Verletzung, a. m. entgegenzusetzen können. Aber das ist das wichtigste noch nicht. Der Erfolg wird auf einem andern Gebiet noch weit wirksamer in die Erscheinung treten. Den Unternehmer möchten wir sehen, der nach dieser Einrichtung auch nur noch den Versuch unternimmt, in dem Unfalluntersuchungsprotokoll möglichst unschuldig zu erscheinen. Die Wahrheit über alles, was Ursache zu den vielen Schäden, die die Arbeiter mit ihren Familien durch Verwundungen auf dem Schlachtfeld der Arbeit dabotragen, wollen wir wissen und wenn notwendig, sichtslos der Öffentlichkeit vorführen. Hier werden die Arbeiter Burg der Gesamtheit einen Dienst leisten. Die Einrichtung ist vorläufig noch primitiv. Sie erstreckt sich vorerst auf die Überwachung der Betriebe in Bezug auf Schutzeinrichtungen, Miststände und dergleichen und den eben kurz skizzierten Meldebienst. Daneben soll durch Eingaben an den Gewerbe-Inspektor auf Abhilfe aller Betriebsmängel energig gebunden werden. Das ist zunächst der Anfang. Schlägt er ein, so garantiert die spätere vollständige Einrichtung ihren Erfolg und Segen für die Arbeiter und ihre Familien. Notwendig ist die tätige Mithilfe und Mitarbeit jedes Kollegen und Genossen auf dem Bau, in dem Betrieb, in der Werkstatt, allüberall. Dann geht's vorwärts einem Sieg entgegen auch auf diesem Gebiet.

**Giffen, 5. Oktober. (Eine öffentliche Volksversammlung.)** fand am Sonntag nachmittags 3 Uhr auf dem Ackerfeld des Maurers Wilhelm Derg (am Kienabweg) statt. Der Kandidat des Kreises, Genosse Haupt, wird sprechen über „Die politische Lage in Deutschland und in Preußen“. Es ist dies die erste Versammlung, die wir in Giffen abhalten können. Ein starker Besuch der Anhänger unserer Sache ist deshalb sehr erwünscht. Besonders sollten die Frauen nicht versäumen, aus dem Munde eines Volksredners einmal die wahren Ursachen über Lebens- und Genossenschaftsverhältnisse und über die Rechtslosmachung der Minderbemittelten zu hören.

**Möckern, 5. Oktober. (Eine imposante Versammlung.)** fand am vergangenen Sonntag nachmittags auf der Wiese des Schnapshausmeisters Langhoff statt. Über 200 Personen waren aus Möckern und Umgegend gekommen, um zu hören, wie es um die politische Lage in Deutschland und in Preußen bestellt ist. Der Referent, Genosse Haupt, entrollte in 1 1/2 stündiger fesselnder Rede ein getreues Bild der kulturfeindlichen Laten des Schnapsblocks. Er schloß seine wiederholt von spontanem Beifall der Anwesenden unterbrochenen Ausführungen mit der Aufforderung, sich schon jetzt auf Herz und Nieren zu prüfen. Die Reichstagswahl könne jeden Tag wie ein Blig aus heiterem Himmel ausbrechen, und dann darf sich niemand in unklaren sein, wenn er seine Stimme zu geben hat. Durch Bier und Zigarren darf sich auch in Möckern niemand mehr kaufen lassen. Zu der Diskussion sprachen noch zwei Genossen im Sinne der Tagesordnung. Genosse Wehler forderte zum Abkommen auf die „Volksstimme“ auf, die einzige Zeitung im Regierungsbezirk Magdeburg, die die Arbeiterinteressen vertritt. Ein Hoch auf die Sozialdemokratie, dessen Echo von der Häuserreihe Möckerns prächtig zurückgegeben wurde, bildete den Schluß dieser eindrucksvollen Versammlung. Wünschen wir, daß wir sehr bald wieder eine Versammlung abzuhalten imstande sind, denn Aufklärung tut nun einmal, wie es den Anschein hat, in Möckern ganz besonders not.

**Neuhaldensleben, 5. Oktober. (Frühelei.)** Am Montagabend in der ersten Stunde überfielen und verprügelten am Magdeburger Tor zwei Arbeiter ihren Begleitgenossen. Der Geschlagene erhielt einen Messerhieb in den Kopf, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Eine ziemlich bedeutende, vom Boden aufgelegene Wühlade beschnitzte am anderen Tage das Schlachtfeld. Organisierte Arbeiter wissen ihre freie Zeit besser zur Erholung und Bildung auszunutzen. Den doppelt Armen, die dem Alkoholteufel verfallen sind, ist dieses Streben fremd.

## Naualakha.

(Das Staatsglück.)

(Kochbuch verboten.)

Roman von Rudyard Kipling.

(14. Fortsetzung.)

### Fünftes Kapitel.

Tarvin stand auf dem Bahnsteig der Station Ramut und sah der Staubwolke nach, worin der Postzug von Bombay sich entfernte. Als sie sich verzogen hatte und die heiße Luft wieder ungehemmt auf der weißen Steinbeschotterung tanzte, wandte er sich mit zwinkernden Augen Indien zu.

Wierzehntausend Meilen weit zu reisen war, wie er jetzt erfahren hatte, eine überaus einfache Sache. Eine bestimmte Zeit hindurch hatte er auf dem Schiffe müßig gelegen, dann hatte er sich der Länge nach in Semdörmele auf der mit Leder bezogenen Bank eines Eisenbahnwagens ausgestreckt und war auf diese Weise von Kalkutta nach Ramut befördert worden. Die Reise war ihm nur dadurch lang geworden, daß er Rotes und Weißes entbehrte und vollauf Mühe gehabt hatte, an sie zu denken. Aber war er etwa deshalb hierhergekommen — dieser gelben Trostlosigkeit einer Einöde im Radchputana zuzuliebe oder der Aussicht auf den gekrümmten Schienenstrang halber? Da war Lopak ja wohllicher gewesen, als es erst die Kirche, das Wirtshaus, die Schule und drei Wohnhäuser gehabt hatte; diese indische Einsamkeit erfüllte ihn mit Schauder. Er sah ja, daß man gar nicht daran dachte, etwas zu schaffen, daß nichts werden sollte, es war Einsamkeit ohne Trost, denn sie war unabänderlich, abgeschlossen, fertig. Die starre Festigkeit des steinernen Bahnhofsgebäudes, das dauerhafte Gemäuer, worauf der Bahnsteig ruhte, die mathematische Genauigkeit der Orts- und Höhenangabe, das alles hatte keine Zukunft. Keine neue Linie würde je nach Ramut geführt werden. Ramut hatte auch keinen Ehrgeiz; es gehörte der Regierung. Da war weit und breit kein Grün zu erblicken, keine gekrümmte Linie, nichts, was Werden und Erzeugen versprochen hätte. So gar die rötlichen Schlingpflanzen am Stationsgebäude liechten dahin, weil niemand es der Mühe wert fand, sie zu pflegen.

Ein gesunder Alltagszorn heilte Tarvin von dem mehr positiven Uebel des Heimwehs. Ein einziger Mensch, ein feister brauner Herr, in leichten weißen Baumwollstoff gekleidet, mit einer schwarzen Samtmütze auf dem Kopfe, trat aus dem Gebäude, aber dieser Stationsmeister

und ständige Bewohner von Ramut schien den Fremden zur Landschaft zu rechnen, er sah gar nicht nach ihm hin. In Tarvin stiegen Verständnis und Sympathie für die südliche Partei im Befreiungskrieg seiner Heimat auf.

„Wann geht der nächste Zug nach Khatore?“ fragte er den Würdenträger.

„Es geht kein Zug,“ versetzte der Mann, zwischen jedem Wort eine Pause machend. Er leierte die Worte mit der mechanischen Unpersönlichkeit eines Monographen herunter, ohne das mindeste Gefühl der Verantwortlichkeit.

„Kein Zug? Wo ist denn der Fahrplan oder das Kursbuch?“

„Es geht überhaupt kein Zug.“

„Ja, was zum Teufel machen Sie dann hier?“

„Mein Herr, ich bin der Stationsmeister, und es ist nicht gestattet, Angestellten dieser Eisenbahngesellschaft unhöflich zu begegnen.“

„Wahrhaftig! Wer diese Vorschrift gab, hat gewußt, warum er's tat! Ich sage Ihnen aber, Sie Stationsmeister dieses gottverlassenen Eisenbahn- und Weltendes, wenn Ihnen Ihr Leben lieb ist, so sagen Sie mir, wie ich nach Khatore kommen kann, und zwar — flink! Wird's bald?“

Die Antwort war — Schweigen.

„Hören Sie nicht? Was fang ich an?“ brüllte der Amerikaner.

„Das weiß ich doch nicht,“ antwortete der Asiate. Tarvin betrachtete sich den braunen Mann in Weiß vor den Lackschuhen an, aus denen durchbrochene Strümpfe und vorspringende Waden aufstiegen, bis zu dem samtlenen Köpchen auf seinem Haupte. Der gleichmäßige Blick des Orientalen, den dieser den violetten Hügel hinter dem Stationsgebäude abgelernt haben mußte, brachte Tarvin auf den treulosen, niedrigen, seiner ganz unwürdigen Gedanken, ob Lopak und ob Rote eigentlich solcher Dörfer wert seien!

„Fahrkarte, bitte,“ sagte jetzt der Babu\*).

Die Dämmerung brach herein. Dieser menschliche Mechanismus war aufgestellt um Fahrkarten abzunehmen und würde sie abnehmen, einerlei, ob Menschen liebten, kämpften, verzweifeln oder tot neben ihm zu Boden fielen!

\*) Sahib — Herr wird nur der Euroländer, Babu der eingeborene Kaufmann, kleine Beamte usw. angedeutet.

Anm. d. Uebers.

„Ich sage Dir, Du lastige Lump, Du achat-ängiger Maaßterpfeiler...“

Tarvin verstummte; Mut und Verzweiflung beraubten ihn der Sprache. Die Wüste verschlang Worte der Liebe und des Hasses, ohne Unterschied, und der Babu drehte sich mit vernichtender Ruhe um, ging ins Stationsgebäude und schloß die Tür hinter sich ab.

Mit hochgezogenen Brauen stellte sich Tarvin vor die Tür, ließ einen gewinnenden Pfiff ertönen und Hinwerte dazu mit dem Silbergeld in seiner Tasche. Das Fenster am Fahrkartenschalter wurde ein klein wenig aufgezoogen und ein Teil des unbeweglichen Gesichts ließ sich sehen.

„Um jetzt in antlicher Eigenschaft zu sprechen, Euer Gnaden kann nach Khatore nur via Land mit Büffelkarren fahren.“

„So beizogen Sie mir den Büffelkarren!“

„Sagen Euer Gnaden Prohibition gut für Beforgung?“

„Gewiß!“

Der Ton mehr als das Wort schien dem Gehirn unter der Samtkappe das Verständnis zu vermitteln. Das Fenster fiel zu und nicht alsbald, aber doch nach einiger Zeit wurde ein langgezogener heulender Ruf hörbar, dem Scheul eines verdrossenen Beschwörers ähnlich, der einen verzüglichen Geist ruft.

„O Moti! Mo-o-oti! E-o!“

„Sätken wir Dich, Moti!“ brummte Tarvin in sich hinein, indem er, seine Handtaische schwingend, über die niedrige Steinbrüstung setzte, sich durch das Drehkreuz für Fahrkartenschalter zwängte und die Provinz Radchputana betrat. Die Aussicht auf Weiterbeförderung hatte ihn im Nu wieder guten Mutes gemacht.

Zwischen ihm und der violett leuchtenden Hügelkette lagen etwa fünfzehn Meilen ungebauten steinigen Grundes mit erratischen Felsblöcken gespickt und mit kränkenden Bäumen geprenkelt. Alles dem Staub und der Dürre preisgegeben, farblos wie die sonnenbleichten Waden eines Fräsefindes. In weiter Ferne schimmerte der Silberwiegel eines Salzsees und eine bläuliche, formlose Masse dicker, heilamantehender Bäume. Finster, verödet, herzbeckennd war der Anblick dieser öden, düstern, von einer erbarmungslosen Sonne gerösteten Landschaft, die Tarvin überraidend an seine heimischen Prärien erinnerte und doch wieder durch ihre Verschiedenheit Heimweh erweckte.

(Fortsetzung folgt.)

